



# Die Wahlprüfsteine

## A. Wahlprüfstein: Gleichstellung als Leitprinzip

1. Immer wenn die Bundesregierung Maßnahmen ergreift, Gesetze erlässt oder Ausgaben tätigt, soll dabei die Gleichstellung der Geschlechter vorangebracht werden. Das soll überprüft und gesetzlich verankert werden.

## B. Wahlprüfsteine: Lohnlücke schließen.

2. Es soll eine gesetzliche Grundlage für eine flächendeckende Tarifbindung für alle Unternehmen und Branchen geschaffen werden.
3. Beschäftigte, die einem Minijob nachgehen, sollen ab dem ersten Euro sozialversichert sein. Ausnahmen soll es für Gruppen wie Rentner\*innen oder Schüler\*innen geben.
4. Der Mindestlohn soll auf mindestens 12 Euro angehoben werden.
5. Es soll ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit geben, das für alle Beschäftigten gilt.
6. Es soll ein Verbandsklagerecht eingeführt werden, damit Beschäftigte nicht allein für gerechten Lohn kämpfen müssen, sondern Unterstützung von organisierten Verbänden erhalten.
7. Beschäftigte sollen unabhängig von der Zahl der Mitarbeitenden des Unternehmens Anspruch darauf haben, Auskunft über Löhne und Gehälter anderer Beschäftigter zu bekommen.
8. Frauen sollen bei der Gründung von Unternehmen gefördert werden.
9. Das Ehegattensplitting soll abgeschafft werden.
10. Soziale Berufe sollen durch bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen aufgewertet werden.

## C. Wahlprüfsteine: Unbezahlte Sorgearbeit fair verteilen

11. Es soll einen längeren Anspruch auf Elterngeld gleichberechtigt für beide

Elternteile geben.

12. Beschäftigte, die ihre Arbeitszeit reduzieren um nahe Angehörige zu pflegen, sollen Anspruch auf eine befristete Lohnersatzleistung haben.
13. Es soll bundesweit gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung geben.
14. Es soll eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf mindestens 35 Wochenstunden geben, wo dies tariflich möglich ist.
15. Beschäftigte sollen ein Recht auf mobiles Arbeiten haben, wenn es bei ihnen umsetzbar ist.
16. Die Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen soll staatlich gefördert werden, damit auch Haushalte mit geringeren Einkommen entlastet werden und legale Arbeit im Privathaushalt gefördert wird (z. B. Betreuungs-, Pflegedienste oder Reinigungsarbeiten).
17. Es soll einen Elternschutz für Partner\*innen neben dem Mutterschutz nach der Geburt geben.

#### **D. Wahlprüfsteine: Parität in den Entscheidungsgremien herstellen.**

18. Führungspositionen in Unternehmen sollen paritätisch besetzt sein.
19. Der Bundestag, die Bundesregierung sowie die Landes- und Kommunalparlamente sollen paritätisch besetzt sein. Es soll Paritätsgesetze auf allen Ebenen geben.

#### **E. Wahlprüfsteine: Rassismus entgegentreten.**

20. Es soll ein Rat aus Expert\*innen und Betroffenen von Rassismus geschaffen werden, der politische Prozesse beobachtet und bei politischen Entscheidungen berät.
21. Die Bundesregierung soll sich verpflichten, die deutsche Kolonialgeschichte aufzuarbeiten.
22. Die Bundesregierung soll eine Studie über Racial Profiling und rassistische Polizeigewalt in Auftrag geben.

#### **F. Wahlprüfsteine: Feministische Außenpolitik**

23. Das Auswärtige Amt soll nach den Maßstäben feministischer Außenpolitik handeln und sich für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen.
24. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass internationale Frauenrechtsverträge, wie die Istanbul-Konvention oder die

UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) , EU-weit und national konsequent umgesetzt werden.

25. Die Bundesregierung soll sich gegen antifeministische Angriffe auf Menschen-, Frauen und LGBTQIA+ - Rechte international und finanziell bedeutend einsetzen.
26. Die Bundesregierung soll sich explizit und vorbehaltlos zu einer Friedenspolitik bekennen und dafür den Nationalen Aktionsplan 1325 "Frauen, Frieden und Sicherheit" umsetzen und menschliche Sicherheit priorisieren sowie internationale Abrüstungsbestrebungen vorantreiben.
27. Die Bundesregierung soll einen regelmäßigen Austausch der feministischen Zivilgesellschaft im In- und Ausland finanziell fördern und diesen institutionalisieren.

#### **G. Wahlprüfsteine: Sexuelle Selbstbestimmung.**

28. Schwangerschaftsabbrüche sollen entkriminalisiert werden durch Streichung des §218 StGB.
29. Es soll einen besseren Zugang zu Informationen über Schwangerschaftsabbrüche geben durch die Abschaffung des §219a StGB.
30. Alle Menschen sollen kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln erhalten.
31. Ein leicht zugänglicher, wohnortnaher und diskriminierungsfreier Schwangerschaftsabbruch soll Teil der medizinischen Grundversorgung werden.

#### **H. Wahlprüfsteine: Gewaltschutz**

32. Frauen sollen einen Rechtsanspruch auf Beratung und Schutz vor Gewalt haben. Sie sollen einen flächendeckenden und besseren Zugang zu Schutzeinrichtungen und leicht zugänglichen Unterstützungsangeboten bekommen.
33. Die Bundesregierung soll sicherstellen, dass Länder und Kommunen Frauenhäuser ausreichend finanzieren.
34. Die bundesweite Kriminalstatistik soll Verbrechen gegen Frauen, wie z.B. häusliche Gewalt und Femizide, auch als Verbrechen aus Frauenfeindlichkeit einstufen.
35. Frauen, die von Gewalt betroffen sind, sollen unabhängig von ihrem Ehemann ein Aufenthaltsrecht erhalten. Dies soll auch für geflüchtete Frauen gelten.
36. Der Gewaltschutz im digitalen Raum soll durch Präventionsmaßnahmen und Sensibilisierung von Polizei und Justiz ausgebaut werden.

## **I. Wahlprüfsteine: Klimawandel**

- 37.** Die Bundesregierung soll sich zu Klimagerechtigkeit verpflichten und dabei alle von Diskriminierung betroffenen Gruppen im Blick haben.
- 38.** Es soll ein Rat aus Klimaaktivist\*innen, Forscher\*innen, Zivilgesellschaft und Politiker\*innen geschaffen werden, der die Bundesregierung in allen klimapolitischen Entscheidungen berät.

## **J. Wahlprüfsteine: Inklusion**

- 39.** Menschen mit Behinderungen sollen gleichberechtigt Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erhalten.
- 40.** Beschäftigte in Werkstätten für behinderte Menschen sollen den Mindestlohn erhalten.
- 41.** Öffentliche Räume und Unternehmen sollen verpflichtend barrierefrei sein.
- 42.** Frauen mit Behinderungen sollen selbstbestimmt über ihre geschlechtliche Fortpflanzung bestimmen können.
- 43.** Es soll mehr barrierefreie Frauenhäuser geben.
- 44.** Alle Schulen und Schulformen sollen inklusiv unterrichten und barrierefrei gestaltet sein.
- 45.** Kindertagesstätten und Krippen sollen inklusiv gestaltet sein.

## **K. Wahlprüfsteine: Frauengesundheit**

- 46.** Medizinische Forschung basiert oft nur auf Daten von Männern. Sie soll Frauen stärker berücksichtigen, da sie unterschiedliche Symptome bei Krankheiten aufweisen können.
- 47.** Die Bundesregierung soll die Erforschung neuer Verhütungsmethoden für alle Geschlechter finanziell fördern, insbesondere derer, die nicht zulasten von Gebärfähigen gehen.
- 48.** In WCs öffentlicher Einrichtungen sollen Periodenprodukte kostenfrei zur Verfügung stehen.
- 49.** Auch für unverheiratete Paare, lesbische und alleinstehende Menschen, die schwanger werden können, soll es eine Kostenerstattung für künstliche Befruchtungen geben.
- 50.** Die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen soll in den Weiterbildungskatalog von Gynäkolog\*innen aufgenommen werden.

**51.** Das sogenannte Krankenschein-System, bei dem Asylsuchende vor dem Besuch eine\*r Ärzt\*in die Zustimmung des Sozialamtes benötigen, soll abgeschafft werden. Denn aktuell hängt ihre reproduktive und sexuelle Gesundheit von der Entscheidung eines\*r Verwaltungsmitarbeiters\*in ab.

#### **L. Wahlprüfsteine: LGBTQIA+**

- 52.** Das Selbstbestimmungsgesetz soll das Transsexuellengesetz mit folgenden Inhalten ablösen: Änderung des Geschlechtseintrags im Personenstandsregister durch persönliche Erklärung gegenüber dem Standesamt, Vereinfachung der Kostenübernahme bei geschlechtsangleichenden Maßnahmen, Erfassung transgeschlechtlicher Eltern im Identitätsgeschlecht im Geburtsregister und Stärkung von Beratungsstellen.
- 53.** Das Blutspendeverbot für homo- und bisexuelle Männer, sowie für transgeschlechtliche Menschen soll abgeschafft werden.
- 54.** Es soll ein nationaler Aktionsplan gegen Homo-, Bi-, Trans- und Interfeindlichkeit und Gewalt gegen LGBTQIA+ eingeführt werden.
- 55.** Es soll eine vereinfachte Anerkennung der Elternschaft für queere Paare (mit einem leiblichen Elternteil) eingeführt werden, welche das bisherige Verfahren der Stiefkindadoption ablöst.
- 56.** Das verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbot in Art. 3, Abs. 3 GG soll so ergänzt werden, dass auch der Schutz aller LGBTQIA+ Personen sichergestellt ist.
- 57.** LGBTQIA+-Geflüchtete sollen nicht in Länder abgeschoben werden, in denen es Gesetze zur Kriminalisierung von Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit gibt.

**WAHLTRAUT ist ein Angebot der Initiative #stattblumen zur Bundestagswahl 2021.**

#### **Die Initiative #stattblumen**

Im Frühjahr 2020 hat die Kampagne #stattblumen die strukturelle Benachteiligungen von Frauen innerhalb der Corona-Situation aufgezeigt und verdeutlicht. Mit einem Appell an die Bundesregierung mit über 10.000 Unterschriften haben sie die öffentliche Aufmerksamkeit auf die fehlende feministische Politik gelenkt. Nun fordern sie, dass endlich Veränderungen folgen und der nächste Bundestag mit Kandidat\*innen besetzt wird, die für feministische Forderungen einstehen.